

Inhalt

I	Abkürzungsverzeichnis	IX
II	Einleitung	1
III	Der Anspruch von Drittstaatsangehörigen auf Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss	7
1	Die Funktion von Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss	7
1.1	Der Familienleistungsausgleich	8
1.2	Die Grundzüge und Ziele der einzelnen Leistungen	9
1.2.1	Kindergeld	9
1.2.2	Erziehungsgeld	12
1.2.3	Elterngeld bis Ende 2010	13
1.2.4	Elterngeld ab Anfang 2011	14
1.2.5	Unterhaltsvorschuss	15
1.3	Resümee	16
2	Die Anspruchsberechtigung von Drittstaatsangehörigen	17
2.1	Die Prognoserechtsprechung des Bundessozialgerichts	17
2.1.1	Maßgebliches Kriterium: gewöhnlicher Aufenthalt	17
2.1.2	Grundsatz: kein gewöhnlicher Aufenthalt von Asylbewerbern	18
2.1.3	Ausnahme: die voraussichtlich unbestimmte Aufenthaltsdauer	19
2.2	Die Anspruchsberechtigung in den einzelnen Leistungsgesetzen	20
2.2.1	Die erste Reaktion auf die Prognoserechtsprechung	21
2.2.2	Die Anpassung an die Neuregelung des Ausländergesetzes	21
2.2.3	Die weitere Verschärfung nach der Haushaltskonsolidierung	22
2.2.4	Ergebnis	23
2.3	Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit	24
2.3.1	Anspruch auf Kindergeld	24
2.3.2	Anspruch auf Erziehungsgeld	25
2.3.3	Ergebnis	27
2.4	Die Neufassung der Anspruchsberechtigung	28
2.4.1	Die gemeinsamen Anspruchsvoraussetzungen	28

2.4.2	Die Unterschiede bezüglich der Altfallregelung	30
2.4.3	Ergebnis	30
2.5	Die Besprechung der Neuregelungen in der Literatur	31
2.6	Die Beurteilung der Neuregelungen durch die Rechtsprechung	32
2.6.1	Elterngeld	33
2.6.2	Kindergeld	35
2.6.3	Unterhaltsvorschuss	38
2.7	Resümee	38
3	Aufenthaltsrechtliche Grundlagen	39
3.1	Rechtliche Grundlagen	40
3.2	Freizügigkeit	41
3.3	Niederlassungserlaubnis	42
3.4	Aufenthaltserlaubnis	43
3.4.1	Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsdauer	44
3.4.1.1	Differenzierung nach dem Aufenthaltszweck	44
3.4.1.2	Anspruch oder Ermessensentscheidung	45
3.4.1.3	Zeitliche Befristung	45
3.4.1.4	Verlängerung	46
3.4.1.5	Verfestigung	47
3.4.1.6	Zwischenergebnis	48
3.4.2	Aufenthaltserlaubnis und Erwerbstätigkeit	48
3.4.2.1	Gesetzliche Berechtigung zur Erwerbstätigkeit	48
3.4.2.2	Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit	49
3.4.2.2.1	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	50
3.4.2.2.2	Erlaubnis ohne Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	51
3.4.2.2.3	Verzicht der Bundesagentur für Arbeit auf Prüfungen	52
3.4.2.2.4	Bindung der Erlaubnis an den Aufenthaltstitel	52
3.4.2.3	Zwischenergebnis	53
3.4.3	Aufenthaltserlaubnisse, die nicht zum Leistungsbezug berechtigen	53

3.4.3.1	Aufenthaltserlaubnis für Studium, Sprachkurse und Schulbesuch, § 16 AufenthG	54
3.4.3.2	Aufenthaltserlaubnis für sonstige Ausbildungszwecke, § 17 AufenthG	56
3.4.3.3	Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung über einen begrenzten Zeitraum, § 18 Abs. 2 AufenthG	57
3.4.3.4	Zwischenergebnis	58
3.4.4	Altfallregelung, § 104a AufenthG	59
3.4.4.1	Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 104a AufenthG oder § 23 Abs. 1 AufenthG	59
3.4.4.2	Verlängerung nach § 23 Abs. 1 AufenthG	61
3.4.4.3	Verfestigung	62
3.4.4.4	Zwischenergebnis	63
3.4.5	Aufenthaltserlaubnisse, die unter weiteren Voraussetzungen zum Leistungsbezug berechtigen	63
3.4.5.1	Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden, § 23 Abs. 1 AufenthG	65
3.4.5.2	Aufenthaltsgewährung in Härtefällen, § 23a AufenthG	66
3.4.5.3	Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz, § 24 AufenthG	68
3.4.5.4	Aufenthaltsgewährung bei Abschiebungsverboten, § 25 Abs. 3 AufenthG	69
3.4.5.5	Vorübergehende Aufenthaltsgewährung und Verlängerung bei außergewöhnlicher Härte, § 25 Abs. 4 AufenthG	71
3.4.5.6	Aufenthaltsgewährung für Opfer von Menschenhandel, § 25 Abs. 4a AufenthG	72
3.4.5.7	Aufenthaltsgewährung für illegal beschäftigte Ausländer, § 25 Abs. 4b AufenthG	73
3.4.5.8	Aufenthaltsgewährung bei rechtlicher oder tatsächlicher Unmöglichkeit der Ausreise, § 25 Abs. 5 AufenthG	74
3.4.5.9	Zwischenergebnis	76
3.5	Duldung	77
3.5.1	Gründe für die Duldung des Aufenthalts	77
3.5.2	Duldung und Aufenthaltsdauer	78
3.5.3	Duldung und Erwerbstätigkeit	80

3.5.4	Zwischenergebnis	81
3.6	Aufenthaltsgestattung	81
3.6.1	Aufenthaltsgestattung und Aufenthaltsdauer	81
3.6.2	Aufenthaltsgestattung und Erwerbstätigkeit	83
3.6.3	Zwischenergebnis	83
3.7	Sozialhilfe und Aufenthaltsrecht	84
3.7.1	Bemessung des zu sichernden Lebensunterhalts	84
3.7.2	Familienleistungen als Eigenmittel zur Sicherung des Lebensunterhalts	86
3.7.3	Abweichen vom Erfordernis der Lebensunterhaltssicherung	87
3.7.4	Ausweisung bei Bezug von Sozialhilfe	88
3.7.5	Zwischenergebnis	90
3.8	Resümee	90
4	Vereinbarkeit der Ungleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen mit Art. 3 GG	92
4.1	Art. 3 Abs. 3 GG	93
4.2	Art. 3 Abs. 1 GG als Menschenrecht	95
4.3	Ungleichbehandlung durch die Regelungen zur Anspruchsberechtigung von Ausländern	96
4.4	Nachteil durch die Vorenthaltung der Familienleistungen	98
4.4.1	Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG	98
4.4.2	Anrechnung beim Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	99
4.4.3	Beurteilung des Nachteilserfordernisses durch die Rechtsprechung	100
4.4.4	Nachteile durch das Vorenthalten der Familienleistungen	102
4.4.5	Ergebnis	105
4.5	Rechtfertigung der Ungleichbehandlung: Prüfungsmaßstab	106
4.5.1	Willkürprüfung oder Verhältnismäßigkeitsprüfung?	106
4.5.2	Schwere des Eingriffs	108
4.5.3	Ergebnis	110
4.6	Die mit der Ungleichbehandlung verfolgten Ziele	110
4.6.1	Legitimität der Differenzierungsziele als Kriterium der Rechtfertigung?	112
4.6.2	Die Legitimität der einzelnen Differenzierungsziele	114

4.6.2.1	Dauerhafter Aufenthalt	115
4.6.2.2	Ausschluss derjenigen Ausländer, die aus Rechtsgründen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können	119
4.6.2.3	Haushaltssanierung	120
4.6.2.4	Vermeidung von Zuwanderungsanreizen	121
4.6.2.5	Staatsverbundenheit	122
4.6.3	Konsequenz der Legitimitätsprüfung	122
4.6.4	Ergebnis	123
4.7	Geeignetheit der Differenzierungsmerkmale zur Erreichung der Differenzierungsziele	123
4.7.1	Differenzierungsmerkmal Staatsangehörigkeit	124
4.7.2	Differenzierungsmerkmal Aufenthaltsstatus	126
4.7.2.1	Der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis als geeignetes Differenzierungsmerkmal	127
4.7.2.2	Differenzierung innerhalb der Aufenthalts- erlaubnisse, die aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt werden	127
4.7.2.3	Ausschluss von Inhabern der Aufenthalts- erlaubnisse nach §§ 16, 17 AufenthG und nach § 18 Abs. 2 AufenthG	133
4.7.2.4	Ausschluss von Inhabern der Aufenthalts- erlaubnis nach § 104a AufenthG vom Erziehungs- bzw. Elterngeld	135
4.7.2.5	Ausschluss von geduldeten Ausländern	137
4.7.2.6	Ausschluss der Ausländer, deren Aufenthalt gestattet ist	140
4.7.2.7	Besitz eines Aufenthaltsstatus	141
4.7.2.8	Anknüpfung an den aufenthaltsrechtlichen Status eines Elternteils	144
4.7.2.9	Ergebnis	144
4.7.3	Differenzierungsmerkmal Erwerbsberechtigung	145
4.7.4	Differenzierungsmerkmal Integration in den Arbeitsmarkt	148
4.7.5	Differenzierungsmerkmal Voraufenthalt	152
4.7.6	Sind die Differenzierungsmerkmale geeignet, Zuwanderungsanreize zu vermeiden?	155
4.7.7	Ergebnis	156

4.8	Resümee	157
5	Ansprüche von Drittstaatsangehörigen auf Kindergeld, Elterngeld und Unterhaltsvorschuss aus Über- und zwischenstaatlichem Recht	158
5.1	Rechtsvorschriften auf der Ebene der Vereinten Nationen	159
5.1.1	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	160
5.1.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich	160
5.1.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	161
5.1.1.3	Gleichbehandlungsanspruch	162
5.1.1.4	Ergebnis	163
5.1.2	Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen	163
5.1.3	Übereinkommen über die Rechte des Kindes	164
5.1.3.1	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	165
5.1.3.2	Diskriminierungsverbot und Vorrang des Kindeswohls	166
5.1.3.3	Individuelle Leistungsanspruch	166
5.1.3.4	Ergebnis	167
5.2	Rechtsvorschriften auf der Ebene des Europarats	168
5.2.1	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	168
5.2.1.1	Diskriminierungsverbot	169
5.2.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	169
5.2.1.3	Persönlicher Anwendungsbereich	170
5.2.1.4	Diskriminierung	170
5.2.1.5	Ergebnis	171
5.2.2	Vorläufiges Europäisches Abkommen über Soziale Sicherheit	172
5.2.2.1	Sachlicher Anwendungsbereich	173
5.2.2.2	Persönlicher Anwendungsbereich	175
5.2.2.3	Ergebnis	175
5.2.2.4	Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention	175
5.3	Rechtsvorschriften der Europäischen Union	176
5.3.1	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	176

5.3.2	Charta der Grundrechte der Europäischen Union	177
5.3.3	Verordnung zur Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit	178
5.3.3.1	Diskriminierungsverbot	179
5.3.3.2	Sachlicher Anwendungsbereich	180
5.3.3.2.1	Kindergeld	180
5.3.3.2.2	Erziehungs- bzw. Elterngeld	180
5.3.3.2.3	Unterhaltsvorschuss	181
5.3.3.3	Persönlicher Anwendungsbereich	183
5.3.3.3.1	Rechtmäßiger Aufenthalt	184
5.3.3.3.2	Grenzüberschreitender Sachverhalt	185
5.3.3.3.3	Arbeitnehmereigenschaft	185
5.3.3.4	Staatenlose und Flüchtlinge	186
5.3.3.5	Ergebnis	187
5.3.4	Richtlinien	188
5.3.4.1	Qualifikationsrichtlinie	188
5.3.4.2	Rahmenrichtlinie	189
5.3.5	Assoziationsabkommen der Europäischen Union	190
5.3.5.1	Assoziationsratsbeschluss über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf türkische Arbeitnehmer	190
5.3.5.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich	191
5.3.5.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	194
5.3.5.1.3	Diskriminierungsverbot	195
5.3.5.1.4	Ergebnis	195
5.3.5.2	Europa-Mittelmeer-Abkommen mit Algerien, Tunesien, Marokko	196
5.3.5.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	197
5.3.5.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	197
5.3.5.2.3	Ergebnis	198
5.4	Sozialversicherungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland	198
5.4.1	Sachlicher Anwendungsbereich	200
5.4.2	Persönlicher Anwendungsbereich	201
5.4.3	Ergebnis	201
5.5	Resümee	202

IV	Fazit	215
V	Anhang	211
VI	Literaturverzeichnis	219
VII	Urteilsverzeichnis	229